

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
per Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
80 Hg. durch den Besteller. — 1 Mark
85 Hg. durch die Post.

Nr. 4.

Mittwoch den 6. Januar.

1892.

Für das laufende Quartal werden Abonnements
auf den

Merseburger Correspondent

zum Preise von 120 resp. 125 Pf. von allen Postan-
halten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

* * Die Freiheit wie in Ungarn!

Das uns befreundete Ungarn gilt vielfach als ein
liberales Mutterland, als ein Hort der Freiheit,
zwar die Partei, welche dort seit Jahrzehnten am
Ruder ist, sich als liberale Partei bezeichnet. In
mancher Beziehung ist dies auch begründet. Wegen
seiner Religion wird z. B. in Ungarn Niemand
bedrückt oder zurückgesetzt. Auch in politischer Be-
ziehung herrscht weitgehende Freiheit, aber nur für
die, welche ihren politischen Überzeugungen ein national-
magyarisches Antlitz umhängen. Wehe aber
den Bewohnern Ungarns, die sich nicht als Vollblut-
Magyaren ausweisen, sondern als Deutsche, Serben,
Rumänen, Slowaken fühlen und dafür Duldung
verlangen.

Wie mit den Deutschen umgesprungen wird, das
zeigt die vor Kurzem erfolgte Zwangsrenstioni-
rung des bisherigen Generalsekretärs der Pesther
Handels- und Gewerbestammer Oswald Steinacker.
Es ist einmal notwendig, einen solchen Fall hervor-
zuheben, weil die meisten Pesther Correspondenten der
zahlreichen Wiener und vieler großen reichsdeutschen
Blätter solche Mitteilungen meist verschweigen oder
abschwächen, weil sie fürchten, daß ihnen sonst die
Regierungsbehörden, die sie mangels eigener
Informationen und Ideen brauchen, entzogen werden
würden.

Oswald Steinacker wurde vor 22 Jahren in seine
bisherige Stellung berufen und hat dieselbe mit sei-
nerem Talent und mit seiner Arbeitskraft ausgefüllt.
Er ist verträglich auf Lebenszeit angestellt. Er
hat nichts Anderes verbrochen, als daß er nie
schwören hat, daß er an seiner deutschen Nationalität
festhält und daß er für dieselbe im ungarischen Staate
Duldung und Gleichberechtigung fordert. Das hat
er auch als Mitglied des Parlaments nicht verschwiegen.
Dafür wurde er in der chauvinistisch-magyarischen
Presse heftig angegriffen und die Kammer sprach ihm
daher vor drei Jahren wegen einer im Reichsrath
gehaltenen Rede ihre Mißbilligung aus. In Folge
dessen legte er sein Abgeordnetenmandat nieder; das
hat ihn aber nicht vor immer neuen Angriffen ge-
schützt. Vor Kurzem ließ sich der Präsident der
Pesther Handels- und Gewerbestammer, Herr Moriz
Wahrman — natürlich ein Vollblut-Magyarer —
zur Eröffnung von Verhandlungen über Steinackers
Pensionierung bevollmächtigen und am 24. November
richtete er an Steinacker die Aufforderung, ihm die
Wünsche und Bedingungen mitzutheilen, unter welchen
Steinacker auf eine eventuelle Pensionierung eingehen
würde. Steinacker antwortete darauf, diese Auffor-
derung habe ihm mit großem Schmerz erfüllt und fuhr
dann fort: „Es wird mir das Ansinnen gestellt, eine
seit 22 Jahren nicht bloß meinem Bewußtsein nach,
sondern nach Zeugnissen der Kammer selbst pflicht-
gemäß und befriedigend ausgefüllte Lebensstellung
aufzugeben, in welcher bis zu vorgerückten Jahren
ungehindert thätig zu sein, ich aus Grund lebenslän-
glicher Anstellung erwarten durfte. Meinerseits kann
ich die vom löbl. Präsidium angebotenen Umstände
als genügend zwingenden Grund zum Rücktritt
von der Stelle eines Sekretärs nicht anerkennen.
Denn die Angriffe eines Theiles der haupt-
sächlichsten Presse wegen meiner politischen Gesinnung
und politischen Bergangenheit, wie sie Niemandem
erpart bleiben, der im politischen Leben eines freien
konstitutionellen Staates thätig ist, können unmöglich
für die Beurtheilung eines Beamten in seinem
Wirkungskreise maßgebend sein. Mein Abgeordneten-
mandat habe ich in vier Reichstagsperioden mit Be-
willigung der Kammer ausgeübt, wo sie ja auch den

auf verschiedenen politischen Standpunkten stehenden
Kammerpräsidenten von Arad, Döbregin und Besburg
ertheilt worden ist. Meine im Parlament geduldeten
Anschauungen waren allgemein bekannt und wenn
auch von vielen Mitgliedern der Kammer nicht ge-
theilt, doch kein Hinderniß, daß ich bei der Pen-
sionierung meines Vorgängers zum ersten Secretär
vorrückte, weil allgemein anerkannt wurde, daß ich
meine Beamtenpflicht gewissenhaft und befriedigend
erfüllt. Als vor drei Jahren die Kammer sich ver-
anlaßt sah, unter dem Einflusse von Faktoren, deren
nähere Kennzeichnung hier wohl nicht nöthig ist, ihre
Mißbilligung über eine von mir im Reichsrath ge-
haltene Rede auszusprechen, legte ich nach dieser
Taugirung meiner Abgeordneten-Mann-
schaft das Mandat nieder, bin seitdem nicht
mehr politisch thätig gewesen, und habe
meinen Amtspflichten getreu in dem Sinne, wie
die Beschlüsse der Kammer und die Anordnungen
des Präsidiums mir das vorschrieben. Die Thätig-
keit des unter meiner Leitung stehenden Kammer-
büreaus hat zu keinem Tadel Anlaß geboten; es ist
ihre vielmehr von Seiten des Ministeriums und der
Presse mannigfache Anerkennung zu Theil geworden,
an welcher wohl auch meine Person ihren Antheil
reclamiren darf. Ich kann sonach nicht glauben,
daß die Majorität der Kammermitglieder einer
von außen kommenden Pression wechselnder Tages-
strömungen nachgeben und sich ohne haltbaren
concreten Grund von einem als arbeitsfähig und arbeits-
willig bewährten Beamten vorzeitig trennen wollen
wird. Ich glaube, durch meine öffentliche Thätigkeit
im Interesse der vaterländischen Volkswirtschaft,
durch Thaten und Lehren, die ja den Mitgliedern
des Präsidiums und zahlreichen Kammermitgliedern
genügend bekannt sind, meinen Patriotismus genügend
bewiesen zu haben, um ihn gegen ungerechtfertigte
Angriffe nicht genügend verteidigen zu müssen.
Uebrigens sollte es doch als ungeschicklich erscheinen,
daß eine Verfolgung wegen Anhänglichkeit
an seine Religion oder Muttersprache in
einem freien und konstitutionellen Lande,
wie Ungarn, möglich sei. . . . Für jeden Unbe-
fangenen und Willigen ist es eine offenkundige
Thatfache, daß die mir aufgebühnte Pension
eine unverdiente schwere Schädigung
meiner materiellen Existenz und meiner ge-
sellschaftlichen Stellung bedeutet. Das mir drohende
Vorgehen weist mich im Alter von 53 Jahren aus
dem Hause einer sicheren Stellung und gewohnten
Thätigkeit auf neue fremde Oebirte des Erwerbes
hinans, nachdem ich nie unerlaubten Vorthell aus
meiner amtlichen und sonstigen öffentlichen Thätigkeit
gezogen habe und meine Stellung mit reinen
Händen, aber arm verlassen würde.“

In Pest hätte man Steinacker ja gern versprochen,
wenn er die einflussreiche Stelle als reicher Mann,
aber mit weniger reinen Geldern verlassen hätte. —
Natürlich hat die Eingabe Steinacker's nichts ge-
bracht. Von der Stimmung, von der die Mehrheit
der Pesther Handels- und Gewerbestammer beherzigt
wird, werden sämtliche Behörden in Ungarn
beherzigt. In den nächsten Wochen werden die
von den Pesther offiziellen Correspondenten bebrachten
großen deutschen Blätter genug zu berichten wissen
von dem Streite zwischen den magyarischen Parteien,
besonders von der Schlichtheit des Grafen Apponyi,
des Führers der Opposition. Es ist ja nicht wahr-
scheinlich, daß Apponyi siegt; aber sollte er es, so
wird er aus eigenem Interesse sich eben so freundlich
mit dem deutschen Reich zu füllen suchen, wie heute
Graf Szapary und wie vor diesem Tisza und
Andrássy, wenn er auch jetzt der Wahlpolitik wegen
den chauvinistisch-magyarischen Standpunkt besonders
hervorhebt. Die Kämpfe unter den magyarischen
Parteien gehen uns ja nichts an.

Politische Uebersicht.

Der Besuch des Kaisers von Oesterreich

in Rom wird von dem Pariser „Times“ Corres-
pondenten wieder einmal aufs Tapet gebracht.
Danach wäre es dem Cardinal-Erzbischof von Wien
gelungen, die Abneigung des Papstes gegen den
Besuch des Kaisers von Oesterreich am italienischen
Hofe zu überwinden. Der Erzbischof soll dem Papst
klar gemacht haben, daß es in seinem Interesse liege,
diesen Besuch des Kaisers von Oesterreich in Rom
nicht zu vereiteln, da er (der Kaiser) der einzige
Souverän sei, welcher zu Gunsten des Papstthums
zu interveniren geneigt sein dürfte. — Die Nachricht
ist mit derjenigen Vorrichtung anzuheben, die allen
Redaktionen des Herrn Doppel-Blowitz gegenüber am
Platze ist.

Angesichts der in Rußland herrschenden Hungers-
noth regen offenkundige Betrügereien beim An-
kaufe von Wehl durch die Petersburger
Stadtverwaltung die gegen berichtigte Nachrichten
ziemlich abgekürzten Gemüther der russischen Residenz-
bewohner gewaltig auf. Den Sachverhalt schildern
Petersburger Blätter in folgender Weise: Bereits im
Juli v. J. beschloß die Duma (Stadtverwaltung),
bedeutende Getreidevorräthe anzukaufen, um die Preise
des Petersburger Getreidemarktes zu reguliren und einer
Theuerung der Brotpreise vorzubeugen. Die Or-
ganisation der Angelegenheit war dem Stadtverord-
neten Jablonski anvertraut, dem das Mitglied
des Stadtraths Herr Niemann als ausführender
Beauftragter war. Letzterer machte sich denn
auch nach Ekbatan auf und schloß dort mit dem
Commissar des Puschast einen Vertrag über Zu-
kaufung von 500 Waggonsabgaben (305 000 Pud)
Roggenmehl zum Preise von 14 Rubel bei 14 Rub.
60 Kop. für das Scheitern von 9 Pud (1 Kol.
55 Kop. bei 1 Rub. 56 Kop. für das Pud). Es
wurde dabei abgemacht, daß der Commissar als
Anzahlung sofort 10 Proz. von der ganzen Summe
baar ausbezahlt erhalte und die übrige Zahlung nicht
nach Eintreffen der Waare in St. Petersburg, sondern
nach Verladung auf den Eisenbahnstationen zu er-
folgen hat. Mit anderen Worten: das Geld wurde
dem Verkäufer vorausgezahlt, bevor man die Waare
gesehen hatte. Als nun die ersten Partien Mehl in
St. Petersburg eintrafen, konstatarie man, daß die
Waare von der gewissten Sorte sei und in
einer Verpackung geschickt werde, die ganz unerhör-
t schlecht ist. Die Empfänger machten sofort Meldung
beim Stadtrath und sandten eine Probe in die Stadt-
verordneten-Versammlung. Die Untersuchung hat er-
geben, daß das angebliche Roggenmehl ein fauler-
haftes Gemisch von Speis, Hülsen, unzerhacktem
Korn und einem grauen, schmierigen Pulver vor-
stellt, das bei der Analyse in Chloroform einen
kolossalen Niebererschlag anorganischer Substanzen ab-
gab — wahrscheinlich Kalk und Sand. Jeder Ead
wiegt fast der normalen 7—8 Pfund wenigstens 17
bis 18, so daß die Stadt allein dadurch um 10 Pfund
an Gewicht betrogen ist. Die Säde sind ordinär,
groß, schmutzig, aber und über mit Flecken besetzt
und von rissigen Dimensionen, wobei ein beträchtlicher
Theil des Sacks nach innen hineingeht, um
dem Kalk die gewöhnliche Größe zu geben. Eine
Masse Säde sind zerissen, bei anderen sind die
Fächer einfach mit Heu verstopft. Durchworfene Säde
sind auf jedem Schritt und Tritt zu sehen. . . .
Bis zum 26. Dez. waren bereits 209 Waggons,
also 127 490 Pud eingetroffen, und es waren weitere
Beladungen angesetzt. Man sagt, die Stadt habe volle
22 000 Pud Sand gekauft und dadurch diesen Sand
mit 36 000 Rubeln bezahlt. — Wie neuerdings be-
richtet wird, hat die Stadtverordneten-Versammlung
von Petersburg eine Commission eingesetzt, welche
die Angelegenheit „untersuchen“ soll. — Zur Auf-
sichtigung der baltischen Provinzen wird aus
Riga gemeldet, mit Ausschluß der Dienstlichkeit sei
in Wolmar der Prozeß des Pastors Berg, früher
in Bernigell, jetzt in Wolmar wohnhaft, verhandelt
worden. Angeklagt auf geschweibliche Ausübung einer
Laufe wurde Pastor Berg auf Entfernung vom
Pfarrorte auf die Dauer eines Jahres verurtheilt.

In dem französisch-bulgarischen Conflict wegen der Ausweisung des französischen Correspondenten Ghabourne aus Bulgarien ist am Sonntag aus Paris gerüchlos gemeldet worden, dass der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, habe in einer an die bulgarische Regierung gerichteten Note die Zurücknahme der Ausweisung Ghabournes verlangt, indem er gleichzeitig erklärte, er werde, wenn Bulgarien von der Hofe zur Gewährleistung der gesicherten Bezugnahme nicht verpflichtet werden sollte, die Intervention der Berliner Signatarmächte anrufen. Ribot selbst läßt jedoch die Gerüchte über die angelegte Berufung eines solchen Note für unbegründet erklären. Gleichzeitig wird von Paris aus die bulgarischerseits aufgehellte Behauptung, daß für die Ausweisung Ghabournes bereits ein Präcedenzfall existiere, bestritten. Gegenüber der Mitteilung des Journal „Bulgaria“, nach welcher bereits der Correspondent des „Comp“, Lindenkaute, im Januar 1888 aus Sofia ausgewiesen worden sei, wird in Paris betont, daß Lindenkaute im November 1887 freiwillig Sofia verlassen habe. Der Fall „Ghabourne“ sei daher ohne Präcedenz. Inzwischen hat die allerdings ziemlich ausschließliche türkische Vermittelung begonnen. Der bulgarische Agent in Konstantinopel, Dr. Wulffowitsch, wurde am Sonntagabend vom Großvezier empfangen, wobei letzterer ihm den Vermittelungsorschlag zur Regelung des französisch-bulgarischen Zwischenfalls überreichte. Wulffowitsch reiste nach Sofia ab, um den Vorschlag der bulgarischen Regierung zu unterbreiten. In Paris eingegangene Meldungen aus Sofia besagen, der bulgarische Minister Griefoff hätte dem türkischen Commissar in Sofia ein Memorandum überreicht, in welchem betont werde, daß die Verträge Bulgariens das Ausweisungsberechtigen hätten; Bulgarien habe demnach weder die bestehenden Verträge noch die Capitulationen verlegt. In der portugiesischen Thronrede zur Eröffnung der Cortes werden die ausgezeichneten Beziehungen zu allen Mächten konstatirt und hinsichtlich der Frage der Handelsverträge bemerkt, Portugal werde kein Zugeständnis machen, ohne gleichwertige Vergünstigungen zu erhalten. Es würden Maßnahmen getroffen werden, um die Finanzverhältnisse des Staates zu ordnen.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Der Kaiser arbeitete gestern nach der Rückkehr aus dem Thiergarten, bis 11 Uhr mit dem Chef des Civilcabinets und nahm darauf die regelmäßigen Marinestrategie entgegen. — Dem Vornehmen nach dürften der Großherzog und die Großherzogin von Baden zum Lovestage der Kaiserin Augusta (7. Januar) aus Karlsruhe nach Weill kommen. — (Im Kriegeministerium) soll nach der Berliner „Verfassung“ eine neue Abtheilung für Feldartillerie geschaffen werden. — (Zum Marineetat) schreibt die „Nationalzeitung“: Die Schiffbauten können zum Theil im nächsten Etatsjahr gar nicht so gefördert werden, daß die verlangten Beträge zur Verwendung kommen. Es ist ziemlich übereinstimmende Ansicht im Reichstag, daß die notwendige Sparsamkeit sich vorzugsweise bei dem Marineetat zu betheiligen haben wird. Wie werden abwarten, ob die Haltung der Nationalliberalen dieser Ansicht der „Nationalzeitung“ entsprechen wird, wenn es demnächst darauf ankommt, Farbe zu bekennen. — (Von der Marine.) Contreadmiral von Pawelitz wird der „Post“ zufolge das Commando des Kreuzergeschwaders in Caspien voraussichtlich Ende Februar übernehmen und Ende Januar von Wilhelmshaven abreisen. — S. M. Kreuzer „Buffard“, Commandant Corvettencapitän Gert, ist am 13. Dez. v. J. in Nya angekommen. S. M. Kreuzer „Speber“, Commandant Corvettencapitän Fischer, hat am 15. December v. J. die Rundreise durch die deutschen Schutgebiete in der Südsee angetreten. — (Der Vorsitz im sächsischen Gesamtkreisministerium) und bei den in evangelische beauftragten Staatsministern ist nach Meldung des „Dr. Z.“ dem Staatsminister v. Thümmel übertragen worden. — (Eine Centralstelle für alle öffentlichen Bauten.) nicht bloß für alle Kirchenbauten soll in Preußen nach der „Post. Ztg.“ geschaffen werden. Eine Behörde soll für alle Reforats die Vorfragen, die Grundstücksverhältnisse, die Straßenanlagen der nächsten Umgebung u. s. w. regeln. Eine wichtige Rolle spielt dabei u. A. die Bebauung der vorhandenen fiscalischen Grundstücke, für welche zunächst ein gemeinsamer Uebersichtsplan für Berlin aufgestellt werde, woraus abdann die Möglichkeit geboten werden soll, daß die einzelnen Behörden Grundstücke, die für ihre Zwecke besonders geeignet sind, gegen andere ihnen gehörige einzutauschen. — Vor freisinniger Seite ist vorgeschlagen für Berlin ver-

langt worden, in Besondere wieder ist schon 8 des Abg. Birchow. — (Zu den Handvertrags-Verhandlungen.) Im hiesigen Reichstagsgebäude in der Anstaltsstraße ist in der Commission des Reichstags über die Tarifverträge erörtert worden. Am Ende der Verhandlung sagt der Referent Pätzsch, indem er die Annahme der Verträge empfiehlt: Der Reichstag stimme den Verträgen zu ohne Bedingung und ohne Bezugsfrist, ohne große Hoffnungen, aber auch ohne Beschränkungen. Die Hauptsache sei das Zustandekommen der Verträge, damit sich der politisch u. wirtschaftliche Dualismus zu einem wirtschaftlichen Dualismus ausbilde zur Sicherung der Reichseinheit und Desinteresse. — (Aus den Verhandlungen der Reichstagswahlprüfungscommission.) Am 1. Februar v. J. der Reichstag, die sämtlichen in Preußen abgegebenen Stimmzettel einzufordern. Die Commission hat sich in Folge dessen von neuem mit dieser Wahl beschäftigt. In dem hierüber von dem Abg. Feigen (Cent.) erklärten Bericht wird ausgeführt: In der Commission wurden von den eingeforderten Stimmzetteln des Kreises Königsberg nächst die Stimmzettel der Stadt Königsberg und der Gemeinden Paterbom, Sanger, Gernsdorf und Rausch eine Durchsicht unterzogen. Es wurde in der Besprechung festgestellt, daß ohne die auf den Stimmzetteln verzeichneten Namen einzusehen, diejenigen Stimmzettel ausgefordert werden, welche bei dem Protokoll eingekommen. Stimmzettelpapier ähnlich erschienen. Es muß bemerkt werden, daß diese Anforderung in leichter Weise vor sich gehen konnte, weil diese Stimmzettel sich deutlich von den übrigen abgeordneten Zetteln unterscheiden. In der Commission wurde auch allseitig anerkannt, daß die ausgeforderten Stimmzettel von dem gleichen Papier, als die mit dem Protokoll eingekommenen Zetteln hergestellt waren. Es fand sich, daß auf den sämtlichen, so ausgeforderten Stimmzetteln der Name des gewählten Kandidaten (v. Salder) sich gedruckt befand. Die Zahl dieser Stimmzettel betrug 691. Von diesen war aber auf der gedruckten Namensdurchsicht und der Liste des Gegenkandidaten Bohm darauf geschrieben: „Da der gewählte Kandidat nur 140 Stimmen über die absolute Majorität hatte, so bestand Einverständnis darüber, daß nach Annahme jener 691 Zettel die Wahl v. Salder's ungültig sein würde. Aber fünf Mitglieder — Konservativ, Nationalliberal und ein Mitglied des Centrums — behaupteten, die Salder'schen Stimmzettel seien von weißem Papier, drei Freikantone und ein Mitglied des Centrums waren der entgegengelegten Ansicht. Die übrigen 5 Mitglieder der Commission fehlten. Nach Ablehnung eines von dem Vorsitzenden gestellten Antrages auf Vertagung der Abstimmung wurde also mit 5 gegen 4 Stimmen beschloffen, daß die ausgeforderten Stimmzettel von weißem Papier und deshalb gültig seien und darauf mit 5 gegen 3 Stimmen die Wahl des Abg. v. Salder für gültig erklärt. Die Augenblicksmajorität gab aber in der Geschäftsordnungsdebatte zu, daß ein solcher Beschluß nicht von so großer Bedeutung sei, da schließlich doch dem Plenum die definitive Beschlußfassung zufalle. Wie zweifeln denn auch nicht, daß das Plenum anerkennen wird, daß die Stimmzettel, auf denen der Name des Herrn v. Salder gedruckt ist, im Widerspruch mit § 10 des Wahlgesetzes nicht weiß und äußerlich kenntlich sind und die Wahl Salder's für ungültig zu erklären ist. — (Aus Posen.) Daß in das Comité zum Empfang des Erzbischofs v. Stadtwieski auch zwei deutsche Katholiken gewählt seien, hat der „Kurr. Post.“ anverwandten Behauptungen gegenüber und zwar unter Nennung der bezüglichen Namen konstatirt. Dagegen ist die „Post. Ztg.“ in der Lage, zu konstatieren, daß dem einen der von dem Kurrer genannten beiden Herren bis heute von dieser Wahl nichts bekannt ist, obwohl das Empfangscomité schon seit Monaten thätig ist. Wie es sich mit dem anderen der beiden Herren verhält, weiß die „Post. Ztg.“ nicht. Der „Dien. Post.“ glaubt den Widerspruch dadurch auflösen zu können, daß die deutschen Katholiken die Einladung, dem Empfangscomité beizutreten, erst erhalten sollen, wenn der Tag des Empfanges genau bestimmt sein wird. Offenbar sollen die deutschen Katholiken nur als Staffage dienen. — (Zur Geschichte des Vermittelungsvertrages des Handelsministers) im Buchdruckerkreis theilt der „Hamburgische Correspondent“ anscheinend offiziell mit, daß die Berliner Buchdruckergesellen es gewesen sind, welche die Vermittelung des Herrn v. Buelow angeregt haben. — (Die sozialdemokratische Apposition) in Berlin hatte für Sonntag abendlich eine Versammlung zur Discussion über das Organisationsprogramm der „eisernen Mäule“ zusammenberufen. Die verschiedenen Redner, zu denen auch Herr Wilhelm Werner gehörte, stimmten sämtlich überein in der Behauptung, die „eisernen Mäule“ sei eine von der Parteileitung erkundene List, um unbedeutende Persönlichkeiten innerhalb der Partei ungeschicklich zu machen. Es lärmerte die Parteileitung nicht, Arbeiter mit ihren Familien zu ruinieren, wenn nur die Parteileitung unangefast bleibe. Es werde die Zeit kommen, daß die Arbeiter der „eisernen Mäule“ die Mäule vom Gesicht herunterreißen und zeigen werden, welche ungeheure Corruption das Sozialistengesetz in der sozialdemokratischen Partei gethätigt habe. Herr Werner erwähnte u. A., mit dem Worte „Partei-Interesse“ werde man in der sozialdemokratischen Partei jede Schleichthätigkeit. Ein anderer Redner brachte die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ mit der „eisernen Mäule“ in Verbindung und meinte, die Parteileitung habe die Gebrauchsmarkten stets an die Rechte übertragen. Wo es erstrebe man denn aber den Zukunftsstaat. Er bedauerte sich vor einem Zukunftsstaat, in dem die Parteiführer doch herrschen und die Masse unterdrücken wollen. Dann wolle er lieber im heutigen Staate leben, in dem doch wenigstens der Schein der Gerechtigkeit gewahrt werde. — Ein Beschluß wurde auch in dieser Versammlung nicht gefaßt. — (Colonialpolitik.) Nach der „Kreuzzeitung“ soll die Kreuzercorvette „Prinzess Wilhelmine“ auf der Ausfahrt nach der südafrikanischen Station Kamerun anlaufen, um eine Jagdexpedition der Buna-Reise vorzunehmen. Die Expedition, welche aus vierzehn 15 Centimeter Geschützen besteht, ist durch zwei Boote und Landungsgeschäfte, durch Revolver und Schußladungen vervollständigt; die Besatzung zählt 320 Köpfe. — Aus dem Umkreise, daß man eine nochmalige Jagdexpedition der Eingeborenen für nöthig hält, theilt uns doch schon hervorzuheben, daß man die erste Jagdexpedition nicht für ausreichend hält. — Die Expedition gegen die Abolente in Kamerun über die wir berichteten, hat nach dem amtlichen „Deutschen Colonialblatt“ den Erfolg gehabt, daß der Abg. Hümpfing Briss von Brinquas am Gnade und Vergebung gebeten hat. Es ist ihm Verzeihung gewährt worden. Der Bericht hierüber ist vom 20. November v. J. datirt und meldet, daß auf dem Abg. Alles ruhig war. — Die Jagd-Expedition nach dem Victoria-Nyanza ist nach einem Bericht des Gouverneurs für Deutsche Ostafrika unter Führung des Baron v. Fischer im Dezember im Anschluß an das von Lieutenant Hermann geführte nach Ostafrika bestimmte Ablösungscommando von der Küste aufgebrochen. Der Expedition wird sich der von der Deutschen Colonialgesellschaft ursprünglich für Emin Pascha engagirte Herr Rindermann anschließen. — Den Kaiserlichen Beamten, welche in den deutschen Schutgebieten eine längere als einjährige Verwendung genießen, ist nach einem Bundesratsbeschluß vom 22. December ihre hiesige zugehörige Dienstadt bei der Pensionierung doppelt in Anrechnung zu bringen.

Preußen und Angesehend.

† Für die Eisenbahn-Hilfsbeamten und Arbeiter eröffnen sich auch im Directionatsbezirk Erfurt schlechte Aussichten, denn größere Ankündigungen sind theils erfolgt, theils noch in Aussicht gestellt. In Zeitz, wo 19 Corps für das Hauptpersonal Rationirt sind, ist dem Vernehmen nach bereits 30 Hilfsbeamten gekündigt, ebenso in Halle und Erfurt, wo Hauptpersonal Rationirt ist. Auch auf der Station Raumburg sind Verbindungen eingetreten; die älteren Leute werden im Bahnbetriebsdienst verwendet, die jüngeren, welche dadurch überzählig werden, werden entlassen. Der Transportfähigkeit der Lokomotiven ist gegen früher eine größere Zuglast aufgebürdet worden; hierdurch sollen einige Witterungsgegenstände, um größere Ersparnisse herbeizuführen. Im Ganzen soll die Verwendung von Hilfskräften auf das kleinste Maß beschränkt werden. † Der Stadtrat von Rudolfsbad beschloß mit Rücksicht auf die bestehenden Steuerungsverhältnisse die Wohnungsgeldzuschüsse der Lehrer, welche gegenwärtig nach 5jähriger Dienstzeit 5 Proz., nach zehnjähriger 10 Proz., und nach fünfzehnjähriger 15 Proz. des Dienstverdiensts betragen, fünfjährig auf 8 bezw. 15 und 20 Proz. zu erhöhen. † Aus Kupferberg im Fichtelgebirge schreibt man: Die rührige Arbeit in der Aufzucht unserer alten Bergwerke wird reichlich belohnt. Außer den bedeutenden Erträgen hat man dieser Tage wieder nicht unbedeutende Silberfunden gefunden, so daß dieselben bereits vor 300 Jahren schon in bestem Flor gewesen wären. „Juden“ eine blühende Zukunft winkt.

Ballstoffe, Ballroben, Abend-Mäntel

jeder Art empfiehlt billigst

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 3.

Neuestes Genuss- u. Volksnährmittel

für alle Kreise von höchster Wichtigkeit.

Kathreiner's Kneipp-Malz-Caffee

mit Geschmack und Aroma des echten Bohnencaffee.

Patent in allen Staaten angemeldet — in mehreren Ländern schon erteilt.

Nicht zu verwechseln mit gebranntem Gerste, gebranntem Malz oder allen anderen Fabrikaten ähnlichen Namens.

Bohnencaffee ist ein theures und nerven-
erregendes Getränk und **braucht** deshalb **Zusatz**.

**Kathreiner's Kneipp-Malz-Caffee ist der beste,
wohlschmeckendste und gesündeste Caffeezusatz.**

ausserdem der **billigste**, weil er dem Bohnencaffee bis zur Hälfte ohne Noththeil für dessen Geschmack zugesetzt werden kann.

Reiner Malzcaffee ist ein vorzügliches Getränk besonders für Frauen,
Kinder, Blutarme, Nervenleidende etc.

Hauptsache richtige Zubereitung: die Körner mahlen und mindestens 5 Minuten kochen.

Wird **niemals lose** verkauft, sondern **nur in Original-Packetten** mit nebenstehender Schutzmarke.



Verkaufs-Preis:
45 Pfennig 1 Pfundpacket = 1/2 kilo.
25 " 1/2 " " = 1/4 " (M. à 21/12.)
10 " 1 Probepacket à ca. 100 gramm.

Zu beziehen durch Colonialwaaren- und Drogen-Handlungen.

Kathreiner's Malzcaffee-Fabriken,
Berlin — München — Wien.

Bekanntmachung.

Meinen werthen Kunden, sowie einem wohlwollenden Publikum Merseburgs und Umgegend die ergebene Anzeige,
dass ich mit dem heutigen Tage mein Geschäft von Gotthardtstraße 18 nach

Entenplan Nr. 2

verlegt. Für das mir bisher entgegen gebrachte Vertrauen und Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch in meiner neuen Wohnung zu Theil werden zu lassen und werde ich mich bemühen, alle Aufträge wie bisher promptest auszuführen.

Mit Hochachtung

Paul Exner, Schuhmachermeister,
Entenplan Nr. 2.

Hallesche Kleiderfabrik Rossmarkt 6.

Größtes Special-Geschäft am hiesigen Plage.

Billigste Bezugsquelle, reelle Bedienung, solide Preise.

Nun mit dem Winterlager zu räumen, verkaufe zum Kostenpreise und darunter
Paletots, Anzüge, Beinkleider etc.

Um gütigen Zuspruch bittet

Hallesche Kleiderfabrik Rossmarkt Nr. 6.

Pfannenkuchen

in bekannter Güte, täglich frisch,
empfiehlt **Robert Heyne.**

Getragene Stoffe
und Kleidungsstücke aller Art färben in
den modernsten mit echten Farben
Max Wirth's Dampffärberei.
Specialität: Reinigen und Färben von
Festengarderobe, Mänteln u. dgl.

Ofen-Handlung

von **H. Müller jun., Schmallestraße,**
empfiehlt alle Sorten Oefen in sehr großer Auswahl
zu billigen Preisen.

Subold's Restauration, Siebers' Restaurant.
Heute Mittwoch Schlachtefest. | Heute Schlachtefest.

Exallini

Einen Lehrling sucht sofort oder später
G. Kraft, Bädermstr.,
Breitstraße 6.

Einen Verwalter sucht sofort oder später
Paul Weber, Bädermeister,
Weißstraße 4.

Ein junges Mädchen, welches Schneidern
gelernt hat, findet Beschäftigung. Zu erfragen
in der Exped. d. Bl.

Ein älteres ordentliches Dienstmädchen, in
Küchen- und Hausarbeit vollständig erfahren,
wird per sofort oder 15. Februar er. gesucht
von Frau H. Handr. Lützendorf.

Eine Drehschneiderei
wird zum 1. April 1892 gesucht
Schlöppau Nr. 42.

Ein Zöllentuch in der Größe des beim
Langhundenball in der Fautenburg liegen ge-
blieben. Abzuholen bei Frau Gehring, v. d.
Gotharstraße 1.

Ein Plüschfragen mit Atlasfutter ist Sonntag
abend 1. d. Mts. verloren
wo den. Abzugeben gegen Belohnung
kleine Ritterstraße 7.

Meinen werthen Kunden
zur Nachricht, daß mein Ver-
treter und Buchhalter (an-
geblicher Compagnon oder an-
geblicher Herr des Geschäfts),
Herr Edmund Hasenberger,
geb. in Meineweh, am 30.
Dezember 1891 von mir
entlassen
worden ist.

Merseburg, 2. Jan. 1892.
Bruno Mähmert,
Biergroßhändler
und Mineralwasserfabrikant.
Hierzu eine Beilage.

Probing und Ungeduld.

R. Halle, 3. Januar. Mit dem 1. Januar 1892 ist unser neues Gewerbegesetz in Kraft getreten. Die Terminstage sind vorläufig auf Montag und Donnerstag festgesetzt und kann zu denselben jeder Beteiligte, der eine Klage anzubringen hat, ohne vorherige Anmeldung erscheinen und sein Gesuch mündlich vorbringen. — In einer am 1. d. M. hier abgehaltenen Buchdrucker-Versammlung wurde folgende Resolution von 56 von 58 freireisenden Gesellen angenommen: „Die pp. Versammlung verpflichtet sich, den Kampf um den Reumkündigung weiter fortzusetzen und beauftragt die zu wählende Commission, die Leitung des Kampfes zu übernehmen, während die Versammelten sich mit allen Maßnahmen versehen, sowie mit der ferneren etwa gegebener zu beweisenden Unterstützung einverstanden erklären.“ — Die arbeitenden Verbandsmitglieder darauf noch, außer den laufenden wöchentlichen Beiträgen mindestens 4,50 Mk. an die Streikcommission abzuführen.

† In Halberstadt fand am 2. d. M. nach längerem, schweren Reiden der in den weitesten Kreisen als Alterthumsforscher und durch seine vielfachen bedeutenden sprachwissenschaftlichen Arbeiten wohlbelannte langjährige Director des dortigen königlichen Polytechnicums, Dr. Gustav Schmidt. Zwei Jahrzehnte ist der Verbliebene Director der genannten Anstalt gewesen.

† Aus Wolfesgärtch wird von zukünftiger Seite geschrieben, daß auf vorigem Bahnhofs ein Unfall, wie der gefahren bezeichnete nicht geschehen ist. Es lag aufeinander eine Verewesung mit Weida vor. Dort ist ein unverheirateter Arbeiter, der unmittelsbar vor einem in Bewegung befindlichen Zuge das bett. Geliste überfahren wollte, überfahren worden.

† In Zörgen erschoss sich am Sonnabend der Unteroffizier Reiner vom 72. Infanterie-Regiment aus Furcht vor einer wegen Urlaubüberschreitung zu erwartenden Strafe.

† Am Sonnabend brachen am Eise drei hinter dem Gutzgohse in Zschackau gelagerten Leibes vier Mädchen ein. Im linken Augenblicke kam der Mauer und Fleischer Jenisch hinzu, welcher, der Gefahr nicht achtend, bis an den Hals in den ziemlich tiefen Leich sprang und die Kinder, von denen leider zwei tot waren, aus dem Wasser holte. Ein 13-jähriges Mädchen des Arbeiters Hoff und ein 7-jähriges des Maurers Stral sind ertrunken, während die 14-jährige Leymann und 7-jährige Hoff wieder zu sich gebracht wurden.

Localnachrichten.

Merseburg, den 6. Januar 1892.

Der Zeitpunkt der Selbstschätzung zur Einkommensteuer ist gekommen. Die „Frs. Ztg.“ erwidert sich ein Verdict durch folgende Rathschläge: Wir können nur allen Steuerpflichtigen rathen, nicht mehr zu deklariren, als absolut notwendig ist. Geschied vorgeschrieben ist bloß die Angabe der Gesamtanzahl des Einkommens und die Angabe, wie sich dieses Einkommen vertheilt auf Kapitalvermögen, Grundbesitz, Handel und Gewerbe und gewinnbringende Beschäftigung. Man braucht danach als höchstens fünf Zahlen zu deklariren. Zwar ist dem Formular der Steuererklärung noch ein besonderes Blatt hinzugefügt, an dessen Kopf es heißt: „Den Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen umstehenden Angaben zu Grunde liegende Berechnung oder andere Erläuterungen und Zusätze hierunter auch auf einer besonderen Anlage mitzutheilen.“

Aber niemand ist überhaupt verpflichtet, weder auf diese noch auf einer besonderen Anlage irgend welche nähere Berechnungen oder Erläuterungen mitzutheilen. Jeder Steuerpflichtige kann in dieser Beziehung eine einmalige Rücksprache der Veranlagungs-Commission erwarten und sich auch dann auf dasjenige beschränken, was zur Erledigung dieser Frage durch aus notwendig ist. Es ist niemand gehalten, der Steuerbehörde im Anschluß an die Steuererklärung beispielsweise ein Verzeichniß seiner verschiedenen Wertpapiere mitzutheilen oder Auskunft zu geben über die einzelnen Quellen seines Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung. Noch weniger besteht eine gesetzliche Verpflichtung, in der Steuererklärung Mitteilung zu machen über die Grundbesitze, nach denen der Hausbesitzer, Handwerker oder Grundbesitzer seine Bilanz zur Ermittlung des Einkommens aufstellt. Unseres Erachtens greift das neue Einkommensgesetz viel weiter in die Privatverhältnisse ein, als der Zweck des Gesetzes rechtfertigt. Um so weniger halten wir es für angemessen, freiwillig die Hand dazu zu bieten, daß die Steuerbehörde

tiefers in die Privatverhältnisse einbringt, als das Gesetz selbst vorseht.

Bezüglich der Rechnungen an die Handwerker! Diese Mahnung ist jetzt wieder am Plage. Man hat ein Handwerkermaas ist dadurch schon ungemein geschädigt worden, daß seine Kunden aus Begehrlichkeit oder Bequemlichkeit ihre Rechnungen dadurch womöglich selbst Zahlungsschwierigkeiten hat, wird ihm dadurch die Lust und Liebe zur Arbeit geraubt. Er wagt es nicht, seine Kunden zu mahnen, weil er fürchtet, sie gar zu verlieren. Wehen die Ausstände nicht ein, so muß er manches Geschäft, zu dem er flüssiges Geld braucht, von der Hand weichen. Dem kleinen Handwerker wird ja nur selten Credit geboten. Aber um so weniger soll man von ihm Credit verlangen.

Das Jahr 1892 ist ein Schaltjahr von 366 Tagen oder 52 Wochen und 2 Tagen. Der Beginn am Freitag den 1. Januar neuen Stils entspricht dem 20. December 1891 im alten Kalender, nach welchem also Neujahr am Mittwoch den 13. Januar des neuen Kalenders fällt. Der 31. December 1892 alten Stils entspricht dann dem 12. Januar 1893 neuen Stils. — Das Jahr 1892 bringt zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse mit sich, von denen aber nur die letzteren sichtbar sind. Die erstere beginnt in der Nacht zum 12. Mai um 9 Uhr 58 Min. und dauert bis 1 1/2 Uhr, die letztere am 4. November nachmittags um 4 Uhr 20 Min. und endet um 6 Uhr 9 Minuten.

Stadtverordneten-Sitzung.
Merseburg, den 4. Januar 1892. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Stadtv. Prof. Dr. Witte, ersticht zunächst der Bürgermeister Reinesch nach ersten Punkt der Tagesordnung, der Einführung der neu gewählten Stadtverordneten Wäge, Dressbner, Frankenheim, Heber und Kummel, das Wort. Derselbe erinnert die neuen Mitglieder der Versammlung an die vor einiger Zeit an die Stadtverordneten gelangte Vorlage, in welcher der Magistrat mehrere größere Projekte bezeichnet, deren künftige Ausführung die Aufnahme einer Anleihe erforderlich machen würde. Es habe ihm erschienen, als hätten die jüngsten Wähler unter dem Eindruck einer gewissen Aufregung fastigenden, die hauptsächlich durch die in Aussicht gestellte Anleihe hervorgerufen worden. Wenn nun auch die Stadtverordneten bewiesen seien, über die Mittel der Stadt und deren finanzielle Kräfte zu wachen, so würde es gleichwohl ein Fehler sein, wenn sich Vertreter der Bürgererschaft gewissen Vorlagen von vornherein feindselig gegenüberstellen wollten. In erster Linie sei stets die Frage zu erwägen, was kommt und dient dem Gemeinwesen und was erlauben die Mittel desselben auszuführen. Das allgemeine Beste müsse bei der Entscheidung hierüber die alleinige Richtschnur sein. Redner betont weiterhin das vortheilhafte Einwirken zwischen Magistrat und Stadtverordneten und hofft, daß auch die neu Eintretenden die Ueberzeugung gewinnen werden, daß beide Körperschaften ihr Ziel, für das Wohl der Stadt zu sorgen, am besten in gemeinsamem Thun erreichen. Durch Handschlag übernehmen hierauf die neuen Stadtverordneten dem Bürgermeister gegenüber die Verpflichtung, in städtischen Fragen stets nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln und sich nur von Rücksichten auf das Gemeinwohl leiten zu lassen. — Der Vorsitzende begrüßt die neuen Mitglieder hierauf in gleichem Sinne mit herzlichem Worten und überreicht denselben die Geschäftsordnung der Versammlung. Damit ist der Einführungsakt beendet.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Büreans. Derselbe ergeht mit großer Majorität den selbigen Präses Stadtv. Witte (mit 24 von 25 Stimmen) als Vorsitzenden, den selbigen in der gleichen Stellung befindlichen Stadtv. Schwengler (mit 23 von 25 Stimmen) als stellvertretenden Vorsitzenden, den Stadtv. Rindfleisch als Schriftführer und den Stadtv. Hoffmann als Stellvertreter desselben. Die Wahl der beiden Legitimierten erfolgte per Acclamation.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, Wahl der Wahlcommission, wird den Vorschlägen entsprechend durch die Wahl der Stadtv. Dörbed, Heyne, Meißner, Redolt, Rindfleisch, Schwengler und Wisel zu Mitgliedern dieser Commission erledigt.

Hierauf geheime Sitzung.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.
Schleuditz, 4. Januar. Herr Kaufmann Ungar zu Niederlöbnitz, welcher in den Jahren 1879—1885 hier wohnte, schenkte unserer Stadt 500 Mk. zur Berechtigung an hiesige Arme. Davon

wurden gefahren durch Herrn Bürgermeister Geiger einstuemlein 210 Mk. zur Berechtigung gebracht und gleichzeitig damit 100 Mk.insen aus der Rezniger-Freienbänken und 182 Mk. aus der Major Fischer'schen Stiftung. Insgesamt wurden 82 bedürftige Personen mit Beträgen von 3—10 Mk. unterstützt. — In Modelwitz bleiben die Schulen wegen der dort herrschenden ansteckenden Kinderkrankheiten bis auf Weiteres geschlossen. — In Rempten starb, wie jetzt bekannt wird, am 18. December v. J. ein Sohn und Wöhlhüter unserer Stadt, der Seidenfabrikant Louis Franke, der sich in der neuen Welt aus eigener Kraft zu einem reichen Fabrikbesitzer emporgearbeitet hatte. (Gall. Ztg.)

Freysburg, 2. Januar. Bei der Uebungsfunde des Turnverbandes am Mittwoch trug sich ein schwerer Unglücksfall zu, indem der 15 Jahre alte Turnschüler R. beim Springen über das Pferd ausglitt und zu Falle kam. Der Bedauernwerthe erlitt einen doppelten Bruch des rechten Armes.

Kurzgeschichten.

(Eine Kreuzung des Kaisers) welche derselbe am ersten Weihnachtstage beim Verlassen des Reichstages in der Garnisonkirche zu Potsdam gethan haben soll, wird verschiedenen Blättern zufolge in Offiziellen lebhaft kommentirt. Der Kaiser ließ nämlich die Commandeure der Potsdamer Regimenter an sich heranziehen und sagte zu ihnen: „Sagen Sie Ihren Herren Offizieren, daß diejenigen, welche nicht tanzen können, die Hofküche nicht besuchen sollen.“

(Die Kaiserin) hat die Gönner, den Berliner Dialektikern in Gestalt eines Stillen, einen Korb mit Gans, Ente, Grolote u. s. w. — einen Weihnachtsgeschenk zu senden, in diesem Jahre dahin erweitert, daß sie jeder einzelnen helfenden Dialektikern ein Gesandnis aus jeder Pfingstzeit eine Bibel schenkte, die zum Gebrauche in der Station bleiben soll. In jeder dieser Bibeln schrieb die Kaiserin nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ eigenhändig einen Bibelvers, dem sie ihren Namen hinzugesetzt hat.

(Die Influenza) Wie man aus London berichtet, tritt die Influenza in Canterbury so stark auf, daß die Kräfte der Stadt den ar. die gehalten. In London saum einige Kräfte geschlossen werden, weil die Anzahl in den Bergwerken an der Influenza erkrankt sind. Auch aus Belgien kommen schlimme Nachrichten. In Mecheln tritt die Seuche so stark auf, daß die Schließung der Schulen angeordnet worden ist. In Militärtruppenangelegenheiten 900 Erkrankte, in den Eisenbahnwerkstätten, welche 9000 Arbeiter beschäftigen, sind 857 Arbeiter von der Influenza ergriffen. In Wien, Nürnberg und Bremen fordert die Krankheit unter den bedürftigsten Personen viele Opfer; im ganzen Bannlage tritt sie so stark auf, daß fast alle Gemeinden 600 bis 800 Kranke haben. Dazu sind, wie schon erwähnt, bedeutende Ueberschreibungen eingetreten, welche die Verbindungen unter den einzelnen Orten bedeutend erschweren. — Ueber die Seuche in Italien meldet man der „Börs. Ztg.“: Die Influenza nimmt in Bologna, Wien, Verona und Venedig zu; in Bologna sind 300 Rekruten erkrankt; in Turin und Genoa nimmt die Krankheit einen ehrsartigen Verlauf, die Sterblichkeit ist groß. In Rom sind 8000 Infanzregimente; 6 Kadetten und ein großer Theil der Bersaglieren des Regiments ist erkrankt. In Konstantinopel tritt die Influenza epidemisch, bisher jedoch in milder Form auf. Viele hervorragende Personen wurden von der Krankheit ergriffen, unter ihnen auch der damasische Patriarch Raphael VIII. Die Influenza hatte in Berlin in der Woche vom 13. bis 19. December v. J. 73 Todesfälle verursacht. Diese an sich noch beträchtliche Zahl bedeutet gegen die Vorwoche einen weiteren Rückgang von 7 Fällen; auch an Samstagsabend starben in jener Woche 19 Personen weniger, nämlich 26. Im Ganzen hat bis zum 19. December die Grippe-Epidemie seit ihrem Wiederausbrechen in Berlin 343 Opfer gefordert. Derselben verstorbenen bis zum 30. November ab auf die einzelnen Wochen folgendemmaßen: 5—36, 1—88—80—78. Die schlimmste Woche war also vom 29. November bis zum 5. December.

(Der Influenza-Vaccin.) Dem Stadtbath A. D. Dr. Richard Pfeiffer in Berlin, Dirigenten der wissenschaftlichen Abtheilung des neueröffneten königlichen Instituts für Infektionskrankheiten, einem Schützling des Professore Robert Koch, ist es nach verschiedenen Versuchen gelungen, die Ursache der Entsendung und der Ansteckungsfähigkeit der Influenza in einem Vaccin zu entdecken, der ein außerordentlich kleines Vaccin bildet. Nähere Mittheilungen sollen dieser Tage in wissenschaftlichen Zeitschriften erfolgen.

(Der Mörder des Kaufmanns Wisse) Dem Stadtbath in Røpentin ist noch am Sonntag festgenommen worden. Es ist der als Juhälter bekannte Seimigiger Ernst Rutke, der in Gemeinschaft mit seiner vollständig noch unbekanntem Braut, die an dem frohlichen Abend Wisse besuchte hat, die Mordthat ausführte und den Raub mit der Diene theilte. In der Verhandlung der letzten wurden 500 Mk. in Gold in der Wäde des Hochgerichts gefunden, außerdem fand man dort noch Cigaretten, Walle, Federmarken und Briefchen, welche Gegenstände nachweislich aus dem Besitze des Ermordeten hat noch Montag Vormittag festgenommen und ergeben, daß die Verstrümmerung der linken Schädelseite dem Tod herbeiführte hat. Rutke leugnet bisher beharrlich, den Mord vollbracht zu haben. Begegnend ist es, daß derselbe gleich nach der Zeit in der Wäde seiner Braut mit dieser zusammen einen Theil des gefundenen Geldes vertheilt hat. Die goldene Uhrzeit die Uhr bei der Durchsuchung der Wohnung der Braut Rutke's sich vorfand. Die „Braut“ des Rutke ist noch nicht ermittelt worden. Sie soll sich nach Berlin begeben haben.

(Der älteste Turner Deutschlands) und der letzte Turner des Johannischen Turnplatzes in der Berliner Hofenstraße, der Geh. Regierungsrath und Bürgermeister A. Schallgin, ist am 29. Dez. in Götting geblieben. Schallgin war der letzte echte Turner, der als solcher auch

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pf. durch den Hermtzger. — 1 Mark
25 Pf. durch die Post.

Nr. 4.

Mittwoch den 6. Januar.

1892.

Für das laufende Quartal werden Abonnements
auf den

„Merseburger Correspondent“

zum Preise von 120 resp. 125 M. von allen Postan-
halten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen-
genommen.
Inserate finden bei der großen Auflage des
Blattes die zweitbestmögliche Verbreitung.

Die Freiheit wie in Ungarn!

Das uns befreundete Ungarn gilt vielfach als ein
liberales Mutterland, als ein Hort der Freiheit,
zumal die Partei, welche dort seit Jahrzehnten am
Ruder ist, sich als liberale Partei bezeichnet. In
mancher Beziehung ist dies auch begründet. Wegen
seiner Religion wird z. B. in Ungarn Niemand
bedrückt oder zurückgesetzt. Auch in politischer Be-
ziehung herrscht weitgehende Freiheit, aber nur für
die, welche ihren politischen Bestrebungen ein national-
magyarisches Mittelchen umhängen. Wehe aber
den Bewohnern Ungarns, die sich nicht als Vollblut-
Magyaren aufspielen, sondern als Deutsche, Serben,
Rumänen, Slovaken fühlen und dafür Duldung
verlangen.

Wie mit den Deutschen umgesprungen wird, das
zeigt die vor Kurzem erfolgte Zwangspensio-
nierung des bisherigen Generalsecretärs der Pesther
Handels- und Gewerbestammer Edward Steinacker.
Es ist einmal notwendig, einen solchen Fall hervor-
zuheben, weil die meisten Pesther Correspondenten der
zahlreichen Wiener und vieler großen reichsdeutschen
Blätter solche Mittheilungen meist verschweigen oder
abschwächen, weil sie fürchten, daß ihnen sonst die
Regierungsnachrichten, die sie mangels eigener
Informationen und Ideen brauchen, entzogen werden
würden.

Edward Steinacker wurde vor 22 Jahren in seine
blöherige Stellung berufen und hat dieselbe mit sel-
tenem Talent und mit seltener Arbeitskraft ausgefüllt.
Er ist vortragemäßig auf Lebenszeit angestellt. Er
hat nichts Anderes verbrochen, als daß er nie ver-
schwigen hat, daß er an seiner deutschen Nationalität
festhält und daß er für dieselbe im ungarischen Staate
Duldung und Gleichberechtigung fordert. Das hat
er auch als Mitglied des Parlaments nicht verschwiegen.
Dafür wurde er in der chauvinistisch-magyarischen
Presse heftig angegriffen und die Kammer sprach ihm
daher vor drei Jahren wegen einer im Reichsrath
gehaltenen Rede ihre Mitgliedschaft aus. In Folge
dessen legte er seine Abgeordnetenmandate nieder; das
hat ihn aber nicht vor immer neuen Angriffen ge-
schützt. Vor Kurzem ließ sich der Präsident der
Pesther Handels- und Gewerbestammer, Herr Moritz
Wahmann — natürlich ein Vollblut-Magyarer —

zur Eröffnung von Verhandlungen über Steinackers
Pensionierung bevollmächtigen und am 24. November
richtete er an Steinacker die Aufforderung, ihm die
Wünsche und Bedingungen mitzutheilen, unter welchen
Steinacker auf eine eventuelle Pensionierung eingehen
würde. Steinacker antwortete darauf, diese Aufforde-
rung habe ihn mit großem Schmerz erfüllt und fuhr
dann fort: „Es wird mir das Ansinnen gestellt, eine
seit 22 Jahren nicht bloß meinem Berufswesen nach,
sondern nach Zeugnissen der Kammer selbst pflüch-
tigemäß und befriedigend ausgefüllte Lebensstellung
aufzugeben, in welcher bis zu vorgehenden Jahren
ungehindert thätig zu sein, ich auf Grund lebensläng-
licher Anstellung erwarnte durfte. Reichereisheit kann
ich die vom löbl. Präsidium angegebenen Umstände
als genügend zwingenden Grund zum Rücktritt
von der Stelle eines Secretärs nicht anerkennen.
Denn die Angriffe eines Theiles der haupt-
sächlichsten Presse wegen meiner politischen Gesinnung
und politischen Betragenheit, wie sie Niemandem
erspart bleiben, der im politischen Leben eines freien
konstitutionellen Staates thätig ist, können unmöglich
für die Verurtheilung eines Beamten in seinem
Wirkungskreise maßgebend sein. Mein Abgeordneten-
mandat habe ich in vier Reichstagsperioden mit Be-
willigung der Kammer ausgeübt, wie sie ja auch den

auf verschiedenen politischen Standpunkten stehenden
Kammersecretären von Szab, Dörzgin und Pestburg
ertheilt worden ist. Meine im Parlament geäußerten
Anschauungen waren allgemein bekannt und wenn
auch von vielen Mitgliedern der Kammer nicht ge-
theilt, doch kein Hinderniß, daß ich bei der Pen-
sionierung meines Vorgängers zum ersten Secretär
vorrückte, weil allgemein anerkannt wurde, daß ich
meine Beamtenpflicht gewissenhaft und befriedigend
erfüllt. Als vor drei Jahren die Kammer sich ver-
anlaßt sah, unter dem Einflusse von Factoren, deren
nähere Kennzeichnung hier wohl nicht nöthig ist, ihre
Mitgliedschaft über eine von mir im Reichstags ge-
haltene Rede anzusprechen, legte ich nach dieser
Tangirung meiner Abgeordnetenmandate. Inzwi-
schen ist das Mandat wieder, bin seitdem nicht
mehr politisch thätig gewesen, und habe
meinen Amtspflichtigen gelebt in dem Sinne, wie
die Beschlüsse der Kammer und die Anordnungen



Vorgehen weist mich im Alter von 53 Jahren aus
dem Gassen einer sicheren Stellung und gewohnter
Thätigkeit auf neue fremde Gebiete des Erwerbs
hinaus, nachdem ich nie ungelobten Vortheil aus
meiner amtlichen und sonstigen öffentlichen Thätigkeit
gezogen habe und meine Stellung mit reinen
Händen, aber arm verlassen wird.“

In Pest hätte man Steinacker ja gern verstehen
wenn er die einflussreichere Stelle als reichher Mann,
und mit weniger reinen Händen verlassen hätte. —
Natürlich hat die Eingabe Steinacker's nichts ge-
suchtet. Von der Stimmung, von der die Mehrheit
der Pesther Handels- und Gewerbestammer beherrscht
wird, werden sämmtliche Verbände in Ungarn
beherrscht. In den nächsten Wochen werden die
von den Pesther offiziellen Correspondenten bedienten
großen deutschen Blätter genug zu berichten wissen
von dem Streit zwischen den magyarischen Parteien,
besonders von der Schledigkeit des Grafen Apponyi,
des Führers der Opposition. Es ist ja nicht wahr-
scheinlich, daß Apponyi steigt; aber sollte er es, so
wird er aus eigenem Interesse sich eben so freundlich
mit dem deutschen Reich zu stellen suchen, wie heute
Graf Szapary und wie vor diesem Tisza und
Androssy, wenn er auch jetzt der Wahlpolitik wegen
den chauvinistisch-magyarischen Standpunkt besonders
herauskehrt. Die Kämpfe unter den magyarischen
Parteien geben und ja nichts an.

Politische Uebersicht.

Der Besuch des Kaisers von Oesterreich

in Rom wird von dem Pariser „Times“ Corre-
spondenten wieder einmal aufs Tapet gebracht.
Danach wäre es dem Kardinal-Erzbischof von Wien
gelungen, die Abnennung des Papstes gegen den
Besuch des Kaisers von Oesterreich am italienischen
Hof zu überwinden. Der Erzbischof soll dem Papst
klar gemacht haben, daß es in seinem Interesse liege,
diesem Besuch des Kaisers von Oesterreich in Rom
nicht zu vereiteln, da er (der Kaiser) der einzige
Souverän sei, welcher zu Gunsten des Papstthums
zu intercediren geneigt sein dürfte. — Die Nachricht
ist mit derjenigen Vorsicht aufzunehmen, die allen
Redungen des Herrn Doppel-Dowig gegenüber am
Platz ist.

Angeht die in Rußland herrschenden Hungers-
notz regen offenkundige Betrügerereien beim An-
kaufe von Wehl durch die Petersburger
Stadtverwaltung die gegen derartige Kaufgeschäfte
ziemlich abgeklärten Gemüther der russischen Residenz-
bewohner gewaltig auf. Den Sachverhalt schildern
Petersburger Blätter in folgender Weise: Bereits im
Juli v. J. beschloß die Duma (Stadtverwaltung),
bedeutende Getreidevorräthe anzukaufen, um die Preise
des Petersburger Getreidemarktes zu regeln und einer
Theuerung der Brotpreise vorzubeugen. Die Or-
ganisation der Angelegenheit war dem Stadverord-
neter Jablonzki anvertraut, dem das Mitglied
des Stadtraths Herr Niemann als ausführender
Schlichter beigegeben war. Letzterer machte sich denn
auch nach Libau aus und schloß dort mit dem
Commissar Buhart einen Vertrag über An-
kaufung von 500 Waggonladungen (305 000 Rubl)
Programmt zum Preise von 14 Rubel bei 14 Kbl.
60 Kop. für das Ischetwerth von 9 Rubl (1 Kbl.
55 Kop. bis 1 Kbl. 56 Kop. für das Rubl). Es
wurde dabei abgemacht, daß der Commissar als
Anzahlung sofort 10 Proz. von der ganzen Summe
baar ausbezahlt erhalt und die übrige Zahlung nicht
nach Eintreffen der Waare in St. Petersburg, sondern
nach Verladung auf den Eisenbahnstationen zu er-
folgen hat. Mit anderen Worten: das Geld wurde
dem Verkäufer vorausgeschickt, bevor man die Waare
gesehen hatte. Als nun die ersten Partien Wehl in
St. Petersburg eintrafen, konstatarie man, daß die
Waare von der gewählten Sorte sei und in
einer Verpackung geschickt werde, die ganz unzerstört
schlecht ist. Die Empfänger machten sofort Reklame
beim Stadtrath und sandten eine Probe in die Stadt-
verordneten-Versammlung. Die Untersuchung hat er-
geben, daß das angebliche Roggenmehl ein schauer-
haftes Gemisch von Speis, Hülsen, unermäßigem
Korn und einem grauen, mehlartigen Pulver vor-
stellt, das bei der Analyse in Chloroform einen
kolossalen Niederschlag anorganischer Substanzen ab-
gab — wahrscheinlich Kalk und Sand. Jeder Sack
wiegt statt der normalen 7—8 Pund wenigstens 17
bis 18, so daß die Stadt allein dadurch um 10 Pund
an Gewicht betrogen ist. Die Säckel sind ordinär,
grob, schwammig, aber und über mit Fäden besetzt
und von riesigen Dimensionen, wobei ein bedeutender
Theil des Säckels nach innen hineingebogen ist, um
dem Kalk die gewöhnliche Größe zu geben. Eine
Kasse Säckel sind zerfallen, bei anderen sind die
Löcher einfach mit Heu verstopft. Durchlöcher Säckel
sind auf jedem Schritt und Tritt zu sehen. . . .
Bis zum 26. Dez. waren bereits 209 Waggonen,
also 127 490 Pnd eingetroffen, und es waren weitere
Beladungen angefangen. Man sagt, die Stadt habe volle
22 000 Pnd Sand gekauft und dadurch diesen Sand
mit 36 000 Rubeln bezahlt. — Wie neuerdings be-
richtet wird, hat die Stadtverordneten-Versammlung
von Petersburg eine Commission eingesetzt, welche
die Angelegenheit „untersuchen“ soll. — Zur Aufssi-
zierung der daltischen Provinzen wird aus
Riga gemeldet, mit Ausschluß der Dementlichkeit sei
in Wolmar der Prozeß des Pastors Berg, früher
in Pernig, jetzt in Wolmar wohnhaft, verhandelt
worden. Angeklagt auf gesetzwidrige Ausübung einer
Taufe wurde Pastor Berg auf Entfernung von
Pernig orte auf die Dauer eines Jahres verurtheilt.

